

Friedensprozess in Gefahr

Der Krieg in Syrien erschwert die greifbare türkisch-kurdische Verständigung

Hugh Pope | 2005 begann zwischen der kurdischen PKK und dem türkischen Staat ein Verhandlungsprozess, der in den vergangenen Monaten durch die Entwicklungen im syrischen Bürgerkrieg und insbesondere dem Kampf um Kobane aus der Bahn geworfen wurde. Dabei stehen die Chancen auf eine Lösung weiterhin gut, wenn sich beide Seiten bewegen.

Der syrische Bürgerkrieg, der mit der monatelangen Schlacht um das kurdische Kobane zuletzt den Nordosten des Landes und das unmittelbare Grenzgebiet zur Türkei erfasste, gefährdet auch den Friedensprozess zwischen der Türkei und der aufständischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Noch könnten beide Seiten den Konflikt beenden, der in den vergangenen 30 Jahren mehr als 30 000 Menschen das Leben gekostet hat. Doch die beteiligten Parteien werden mehr Mut aufbringen müssen, soll die Türkei nicht noch weiteren Schaden nehmen oder gar tiefer in die Katastrophe hineingezogen werden.

Der Krieg in Syrien hat viele regionale Balancen aus dem Gleichgewicht gebracht und Kalküle zunichte gemacht – der türkisch-kurdische Friedensprozess ist da keine Ausnahme. Die PKK hat bewiesen, dass sie in Syrien und Irak regional operieren kann. Ihr syrischer Ableger, die Partiya Yekitiya Demokrat (PYD, Partei

der Demokratischen Union), hat, was bis vor Kurzem undenkbar schien, eine Beziehung zu den USA entwickelt. In den türkisch-kurdischen Gemeinden der Türkei und Europas hat die Auseinandersetzung zwischen syrischen Kurden und Dschihadisten des „Islamischen Staates“ für Unruhe gesorgt. Nicht zuletzt hat die immer deutlicher werdende Gefahr eines Ausgreifens des syrischen Bürgerkriegs gezeigt, dass die Türkei, die PKK und die türkischen Kurden ein Interesse daran haben müssen, die festgefahrenen Gespräche wieder zu beleben, einvernehmlich vereinbarte Ziele herauszuarbeiten und auf den Fortschritten der vergangenen neun Jahre weiter aufzubauen.

Seltener Hoffnungsschimmer

Der Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK ist ein seltener Hoffnungsschimmer im Nahen Osten, auch wenn er nie wirklich strukturiert oder geplant war. Er begann mit

der „demokratischen Öffnung“ zwischen 2005 und 2009, setzte sich bis 2011 mit Geheimgesprächen zwischen Vertretern der kurdischen Diaspora, der PKK und türkischen Regierungsvertretern fort und erfuhr einen Rückschlag, als Mitte 2011 neue Kämpfe ausbrachen, die bis März 2013 andauerten. Schon Ende 2012 aber suchte die türkische Regierung erstmals einen direkten Kontakt zum inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan. Damit wurde der so genannten „Lösungsprozess“ begonnen.

Die Entwicklungen der vergangenen neun Jahre haben trotz vereinzelter Rückschläge einen überraschenden Wandel in der Türkei angestoßen, von deren 77 Millionen Einwohnern etwa 15 Prozent Kurden sind. Doch wenn beide Seiten eine nächste Stufe der Annäherung erreichen wollen, sollten sie drei wesentliche Elemente klar definieren – und getrennt voneinander angehen.

Das erste Element ist der Kontakt zwischen der türkischen Regierung und der PKK. Der im März 2013 einseitig von der PKK ausgerufene Waffenstillstand – der neunte seit Beginn der bewaffneten Kämpfe – hat trotz zahlreicher Zwischenfälle noch immer Bestand. Das ist vor allem den beschwichtigenden Eingriffen Recep Tayyip Erdogans und Abdullah Öcalans zu verdanken. Dass beide starke, charismatische Verhandlungspartner sind, hat es erleichtert, Vereinbarungen zu treffen und auf der eigenen Seite auch durch- und umsetzen zu können. Erdogans Emmissäre und mit der PKK sympathisierende kurdische Parlamentarier haben Öcalan schon mehrfach im Gefängnis aufgesucht. Letztere pendeln ohnehin

stets zwischen Öcalan, der Diaspora und der PKK. Mitte 2014 legalisierte die Regierung diesen Prozess und rief einen Ministerialausschuss sowie elf weitere Kommissionen ins Leben, die sich mit zentralen Themen wie Übergangsjustiz und Abrüstung befassen sollten. Beiden Seiten ist im Grunde klar, dass sie einander nicht mit militärischen Mitteln besiegen können und dass ein weiterer bewaffneter Konflikt vermieden werden muss.

Erdogans Regierung und PKK-Chef Öcalan stehen in direktem Kontakt

Ursachen bei der Wurzel packen

Das zweite Element des Friedensprozesses zielt darauf ab, die Ursachen des Konflikts anzupacken. Seit den dunklen Zeiten des türkisch-kurdischen Konflikts während der neunziger Jahre hat sich in dem Land einiges zum Besseren entwickelt. Dabei haben sich fünf Ziele herauskristallisiert: Zugang zu muttersprachlichem Schulunterricht; eine Dezentralisierung, die in der gesamten Türkei funktioniert; die Möglichkeit zur ungehinderten parlamentarischen Mitwirkung für kleinere Parteien, also auch für die Vertreter der kurdischen Nationalbewegung; die Neuformulierung diskriminierender Verfassungsartikel; und ein faires Gesetz zur Terrorismusbekämpfung.

Seit 2009 gibt es sogar einen öffentlichen kurdischsprachigen Fernsehsender. In Schulen existiert mittlerweile die Möglichkeit, Kurse auf Kurdisch oder anderen in der Türkei gesprochenen Sprachen zu belegen, obwohl es dagegen auf beiden Seiten lange kategorischen Widerstand gab. Ein weiterer, noch unvollständiger

erster Schritt in Richtung einer besseren Kommunalverwaltung wurde im März 2014 unternommen, als den Bürgermeistern in einem Viertel der 81 türkischen Provinzen neue Kompetenzen zugesprochen wurden.

Auch auf der dritten Verhandlungsschiene – dem allgemeinen Kontext und Prozess – hat sich die Atmosphäre stark verbessert. Es ist auch der von Erdogan vorangetriebenen Ausöhnung zwischen den Ethnien zu verdanken, dass die Kurden im Land mehr Achtung genießen. Solange es

Die PKK lässt ihre stalinistische Vergangenheit hinter sich

keine tödliche Gewalt im Südosten des Landes gibt und sich die Anführer der Bewegung einer eher staatsmännischen Rhetorik bedienen als üblich, zeigt sich auch in der türkischen Öffentlichkeit Unterstützung für das Anliegen der Kurden.

In Dörfern mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit hat ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Entwicklung, der Verbesserung der Infrastruktur und der relativen Stabilität zur Herausbildung einer an Frieden interessierten Mittelschicht beigetragen. Die türkische Regierung mag (das kontraproduktive) Instrument von Verhaftungen von Kurdenführern immer noch nutzen, um der kurdischen Nationalbewegung zu schaden. Aber Folter, Vertreibungen von Kurden aus Dörfern und Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, die in den neunziger Jahren üblich waren, sind selten geworden. Auch die PKK selbst ist weniger dogmatisch als in ihrer marxistisch-stalinistischen Vergangenheit. Vielmehr scheint sie sich um Legitimität zu bemühen. Sie sucht offensicht-

lich Wege, um nicht mehr als Terrororganisation zu gelten. Auch den von den USA geäußerten (und von der PKK bestrittenen) Verdacht, mehrere ihrer Anführer seien im internationalen Drogenschmuggel aktiv, möchte sie loswerden.

Neue Anfälligkeiten

Der Krieg in Syrien ist allerdings zur schweren Belastung für den türkisch-kurdischen Friedensprozess geworden. Die syrischen Kurden haben sich zumindest symbolisch das ehrgeizige Ziel einer autonomen Regierung in Nordsyrien gesetzt – was die türkischen Kurden durchaus nachahmenswert finden. Zudem ist bereits klar geworden, dass der Krieg in Syrien auch auf die Türkei übergreifen könnte. Allen Stärken des türkischen Staates zum Trotz bleibt das Land anfällig für regionale Unruhen – nicht zuletzt, weil die türkische Gesellschaft viele der ethnischen, konfessionellen und politischen Trennlinien widerspiegelt, die auch Syrien und den Irak durchziehen.

Diese Probleme werden durch Ankaras zwiespältigen Umgang mit den dschihadistischen Terrorkriegern des so genannten „Islamischen Staates“ (IS) noch komplizierter. Türkische Regierungsvertreter beteuern, dass der IS in ihren langfristigen Plänen keine Rolle spielt, dass sie ihn vielmehr bekämpfen und zerstören wollen. Aber ganz unmittelbar sorgt sich Erdogans Regierungspartei AKP um das gute Verhältnis zu ihrer konservativen Stammwählerschaft, aus der Hunderte junger Türken nach Syrien gegangen sind, um sich dem IS anzuschließen. Manch einer im türkischen Regierungsapparat sieht die IS-Angriffe auf die selbst erklärten auton-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

men Bezirke syrischer Kurden als willkommene Lehrstunde für eine PKK, eine Autonomie nicht auf eigene Faust zu verwirklichen. Andere glauben, dass zwischen der sunnitischen arabischen Anhängerschaft, die der IS für sich eingenommen hat, und der ebenfalls sunnitisch-islamischen AKP starke Bindungen existieren. Ein sunnitisches Land wie die Türkei könne doch daher nicht zum Angriffsziel des IS werden.

Wieder andere sind überzeugt, dass ein gewisses Maß an Einfluss auf die radikalen bewaffneten Rebellen in Syrien – denen die Türkei ja Unterstützung und Nachschublieferungen über das eigene Territorium gewährt hat – sich als ganz dienlich für ihr eigenes strategisches Ziel, nämlich den Sturz des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, erweisen könnte. Schließlich fürchtet man nicht zu Unrecht, dass Versuche des Westens, Ankara in eine führende Rolle in einem überstürzten und wenig durchdach-

ten Feldzug gegen den IS zu drängen, nur Zeichen des Mangels eines besseren Ansatzes ist. Eine halbherzige Unternehmung gegen den IS hält man jedenfalls für zu gefährlich für eine Regionalmacht wie die Türkei.

Das verändert nichts an der Tatsache, dass Erdogan, die AKP und die türkische Regierung zutiefst entsetzt sind über die Methoden des IS. Man ist durchaus daran interessiert, den IS als regionalen Machtfaktor auszuschalten, denn schließlich hat die Miliz keinen Zweifel daran gelassen, dass sie auch Erdogan und seine Regierung als Ungläubige betrachtet, die man eines Tages ausschalten müsse. Die PKK wiederum bekämpft den IS in Syrien und ist mit zuweilen tödlichen Auseinandersetzungen mit IS-Anhängern in den kurdischsprachigen Teilen der Türkei konfrontiert. Trotz der Feindseligkeiten zwischen der PKK und der AKP haben hochrangige Persönlichkeiten aus beiden Lagern signalisiert, dass sie einander dem IS vorziehen.

Tatsächlich ist die AKP womöglich an einem politischen Bündnis mit der der PKK nahestehenden kurdischen Nationalbewegung in der Türkei interessiert. Das könnte sich als wegweisend herausstellen, um die von beiden Seiten gewünschten Verfassungsänderungen durchführen zu können.

Fehlinterpretationen um Kobane

Eine westentliche Rolle spielte auch das Drama um die direkt an der türkischen Grenze liegende kurdische Stadt Kobane. Nicht zuletzt, weil der Kampf um die Stadt gewissermaßen live im Fernsehen und über die sozialen Medien verfolgt werden konnte, ist Kobane zum herausragendsten Symbol des Kampfes gegen den IS geworden. Für die PKK, deren Schwesterpartei PYD Kobane einseitig zu einem selbstverwalteten Kanton erklärt hatte, war der Erfolg der PYD

Die PYD konnte ihre verkündete „Autonomie“ nicht allein verteidigen

letztendlich ein Vorbild für ihre unklare Doktrin der „demokratischen Autonomie“. Als sich herausstellte, dass die PYD ihren demokratisch-autonomen Kanton nicht allein gegen den IS verteidigen konnte, machte die PKK – und somit auch die Mehrzahl türkischer Kurden – die Türkei dafür verantwortlich, dass fast 200 000 syrische Kurden ihr Zuhause verloren und Kobane einer verheerenden Belagerung zum Opfer fiel.

Diese Anschuldigungen waren zynisch, da man kaum von der Türkei erwarten konnte, in Syrien einzumarschieren und Kobane zu retten oder schwere Waffen an eine Gruppe zu liefern, mit der sich das Land im Grunde noch selbst im Krieg befand.

Gleichwohl interpretierte die AKP-Regierung die Haltung der kurdischen Seite grundlegend falsch. Die kurdische Seite wiederum wertete die türkische Anti-PKK-Rhetorik, die Kaltschnäuzigkeit, mit der man dem Kampf der PYD in Kobane zusah, und die stillschweigend geduldeten Nachschublieferungen der Türkei an die radikale syrische Opposition als unverblümete Unterstützung für den IS.

Die Folge waren heftige Gewaltausbrüche in mehreren überwiegend von Kurden besiedelten Orten in der Türkei zwischen dem 6. und 8. Oktober vergangenen Jahres, die fast 40 Menschen das Leben kosteten. Irritierenderweise aber fanden diese Auseinandersetzungen nicht zwischen der Nationalbewegung türkischer Kurden und den staatlichen Sicherheitskräften statt, sondern zwischen der Nationalbewegung und türkisch-kurdischen Unterstützern des IS.

Wohl konnten die Anführer beider Seiten die Lage beruhigen. Aber das muss nicht von Dauer sein: Sollten sich keine echten Fortschritte in den Verhandlungen abzeichnen, dann dürfte sich das politische Kapital des PKK-Chefs Öcalan erschöpfen. Noch während der Jahre 2011 bis 2013 waren es hauptsächlich uniformierte Kämpfer, die sich in den Bergen Gefechte lieferten. Wenn es zu einer nächsten Runde von Auseinandersetzungen komme, so drohen Pro-PKK-Aktivisten inzwischen, dann würden sie in der Form eines Aufstands in den Städten geführt werden. Tatsächlich zählten zu den Verletzungen des von der PKK erklärten Waffenstillstands im Oktober 2014 auch kaltblütige Morde an Polizisten außer Dienst in Städten in der südöstlichen Türkei.

Kurz: Es spricht alles dafür, dass die Türkei und die PKK den Friedensprozess jetzt entschieden vorantreiben sollten. Der Syrien-Krieg wird höchstwahrscheinlich noch Jahre andauern, und externe Mächte, einschließlich der Türkei und der PKK/PYD, haben nur wenig Einfluss auf die dortigen Geschehnisse. Schlussendlich werden sowohl die Türkei als auch die PKK in den Dschihadisten des IS einen gemeinsamen Feind haben. Beide Seiten sollten aufhören, auf Zeit zu spielen und den Status quo überwinden. Und der besteht darin, dass die türkische Regierung unter allen Umständen vermeiden will, dass getötete Soldaten vor den Parlamentswahlen im Juni 2015 zum Thema werden. Und dass eine über zu wenig Ressourcen verfügende PKK eigenmächtig versucht, einen Kobane-ähnlichen Parallelstaat innerhalb der Türkei aufzubauen. Als Selbstzweck lässt sich der Friedensprozess nicht aufrechterhalten.

Fortschritte gefragt

Jetzt, da beide Seiten akzeptiert haben, dass sie mit ihren Maximalforderungen nicht erfolgreich sein werden, sollten sie als Erstes einige Kompromissziele definieren und auch veröffentlichen. Erstaunlicherweise haben die Parteien bislang nicht einmal Minimalziele formuliert wie eine befriedete Türkei, in der die universellen Rechte von Bürgern und Gemeinschaften anerkannt werden und wo die kurdische Nationalbewegung in das politische System einbezogen ist. Die beiden Parteien müssen sich zudem bewusst werden, dass der Friedensprozess auf drei verschiedenen Elementen ruht, die bei allen Wechsel-

wirkungen klar getrennt behandelt werden sollten.

Das erste Element sind die Verhandlungen mit der PKK, die verschiedenste Einzelfragen der Demobilisierung, der Übergangsjustiz und der Rehabilitation einer bewaffneten Gruppe einschließen. Sie sollten die Entwaffnung der PKK umfassen, die zurzeit wohl nur innerhalb der Türkei möglich ist; die Bedingungen für eine Amnestie, die von der Öffentlichkeit akzeptiert und auf internationaler Ebene rechtlich nicht anfechtbar ist; die Zusammensetzung und Handlungsspielräume einer Wahrheitsfindungskommission, die gegenüber dem Parlament berichtspflichtig ist; einen Mechanismus der Übergangsjustiz, um mit den Verbrechen beider Seiten umzugehen; und ein Sicherheitssystem für den Südosten des Landes, das womöglich auch ein (von inakzeptablen Kräften bereinigtes) Freiwilligenheer ehemaliger PKK- und Regierungstruppen einschließen könnte. Beide Seiten werden sich auch auf wasserdichte Kontrollmechanismen einigen müssen, deren Fehlen den Friedensprozess bislang erschwert hat.

Internationale Akteure haben in der Vergangenheit eine positive Rolle im Schlichtungsprozess gespielt. In der Phase des Oslo-Prozesses zeigte sich, dass internationale Hilfe und Beratung die Türkei und die PKK dazu bewegen konnten, eine gemeinsame Basis zu finden. Auch die vorbildliche Unterstützung durch die Schweiz in den Verhandlungen zwischen der Türkei und Armenien im Jahr 2009 wirkte sich positiv aus. Sie

Ein Freiwilligenheer aus ehemaligen Regierungs- und PKK-Truppen

erleichterte die Ausarbeitung einer ganzen Reihe von Protokollen, die eines Tages zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen könnten.

Türken wie Kurden haben bereits bewiesen, dass sie durchaus in der Lage sind, den Großteil der Gespräche alleine zu führen. 2013 widerlegte der so genannte „Rat der Weisen“, der sich aus türkischen und kurdischen Führungspersonlichkeiten zusammensetzte und Bürgerforen in Anato-

Ein „Rat der Weisen“ hat in Bürgerforen viele Vorurteile abgebaut

lien abhielt, viele der herrschenden Vorurteile gegenüber dem Friedensprozess. Dennoch zeigt der zwischenzeitliche Zusammenbruch der Verhandlungen im Jahr 2009 – nachdem eine Gruppe von PKK-Kämpfern unter dem Jubel der Anwohner über die Grenze bei Habur in die Türkei zurückkehrte – wie wichtig es ist, effektive Mittel zur Krisenbewältigung zur Verfügung zu haben und dass die Regierung eine Rolle für Drittstaaten oder außenstehende Persönlichkeiten nicht ausschließen sollte.

Von Kolumbien lernen

Unabhängig davon könnten europäische Partner viel tun, um türkischen Regierungsmitgliedern und Meinungsführern die Möglichkeiten für eine Dezentralisierung und für eine Rehabilitierung von Kämpfern aufzuzeigen. Außerdem ließe sich aus den Friedensgesprächen in Kolumbien lernen, wie man mit den neuen internationalen rechtlichen Einschränkungen für Übergangsjustiz umgeht.

Das zweite Element sollte die bereits lange diskutierten Reformen um-

fassen, die gleiche Rechte für alle Bürger garantieren und die Grundursache des Kurden-Problems beheben. Dieser Prozess sollte in Ankara stattfinden, vom Parlament vorangetrieben werden und allen Teilen der türkischen Gesellschaft zugänglich sein. Die wichtigsten Themen sind klar: muttersprachlicher Unterricht, Dezentralisierung, ein Wahlrecht, das die derzeitige Sperrklausel zum Einzug in das Parlament auf 5 Prozent der Stimmen senkt, eine Verfassung frei von ethnischer Diskriminierung und ein Antiterrorgesetz, das nicht missbraucht werden kann, um friedliche Aktivisten einzusperren.

Die Stärkung dieses zweiten Elements wird maßgeblich dafür sein, mehr Vertrauen zwischen der Türkei und der PKK zu schaffen. Doch sollten beide Seiten aufhören, die verschiedenen Schienen dieses Prozesses miteinander zu vermischen. Es gibt in der Türkei ein PKK-Problem und ein Kurden-Problem. Diese beiden Probleme überschneiden sich zwar, sind jedoch grundverschieden.

Die (legale) Partei der kurdischen Nationalbewegung gewinnt weniger als die Hälfte der Stimmen aller kurdischen Wähler, von denen wiederum die Hälfte im Westen des Landes lebt. Die PKK sollte klare Vorschläge für Reformen haben, aber sie kann nicht alleine mit der Regierung verhandeln, wenn es um die Dezentralisierung oder eine Verfassungsreform für die gesamte Türkei geht. Gleichzeitig darf die Regierung nicht versuchen, den Reformprozess durch einen schnellen und zu stark vereinfachten Deal mit der PKK abzukürzen.

Die dritte Verhandlungsschiene ist der allgemeine Kontext. Dieser würde

vor allem durch weniger Unilateralismus, mehr gemeinsame Aktionen, besser strukturierte Verhandlungen und mehr Transparenz gestärkt. Auch sollten die Verleumdungen aufhören: Die PKK ist nicht der IS, und der IS ist auch nicht die AKP. Der Begriff Terrorismus sollte nicht missbraucht werden – besonders wenn Zählungen der International Crisis Group zufolge 90 Prozent der 920 zwischen 2011 und 2013 getöteten Menschen uniformierte Kämpfer waren und 34 der getöteten Zivilisten bei einem Luftschlag der Türkei starben.

Der riskante Weg des Friedens

Als Teil einer Wiedererweckung des Friedensprozesses sollten beide Seiten einen Weg finden, deutlich und offen Engagement zu zeigen. Im Hinblick auf das erste Element der Verhandlungen könnte die Regierung beispielsweise ein gemeinsames Verhandlungsteam akzeptieren. Es ist nicht unvorstellbar, dass einem Guerilla-Anführer der PKK oder einer PKK-Delegation sicheres Geleit garantiert würde, um Exilvertreter oder Abdullah Öcalan zu treffen. Hinsichtlich des zweiten Elements der Reformen muss die kurdische Nationalbewegung Vertrauen zwischen sich und der türkischen Regierung und zur türkischen Öffentlichkeit aufbauen. Dazu gehören genaue Erklärungen, was sie unter dem Ziel „demokratische Autonomie“ versteht. Eine solche klare Aussage wäre besonders dann hilfreich, wenn dies entgegen der üblichen Bekundungen nicht die Gründung eines unabhängigen oder föderalen Staates einschließt.

Alles in allem zeigt die sich verschlechternde Sicherheitslage in Syrien, wie wichtig es ist, die östlichen

Grenzen des Landes – dort wo die Kurden leben und die PKK stark ist – so schnell wie möglich zu stabilisieren. Ein Frieden würde dafür sorgen, dass die lange blockierte wirtschaftliche Entwicklung und auch die Bemühungen um eine Demokratisierung wieder an Kraft gewinnen. Die Regierung sollte anerkennen, dass das finale Ziel nicht nur die Entwaffnung der PKK innerhalb der Türkei ist, sondern dass es vielmehr darum geht, einen Zustand zu schaffen, in dem die Kurden den Fortbestand der PKK nicht mehr für notwendig halten. Ansonsten blieben nicht viele Mittel, die Bewegung davon abzuhalten, sich nach einem Abkommen wieder zu bewaffnen.

Und was noch wichtiger sein könnte: Der breiten Öffentlichkeit müssen die Vorzüge einer möglichen Versöhnung und die potenziellen Ergebnisse eines erfolgreichen Friedensprozesses vor Augen geführt werden. Dann stehen vielleicht bald türkische und kurdische Repräsentanten zusammen auf der internationalen Bühne und nehmen Auszeichnungen dafür an, dass sie schwierige Entscheidungen getroffen haben und den riskanten Weg des Friedens gegangen sind.

Die PKK ist nicht der IS, und der IS ist auch nicht die AKP



Hugh Pope
ist Director, Communications & Outreach,
International Crisis
Group, Brüssel.